

IMPULSE 2024

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft



Freiheit der Wissenschaft | Digitaler Humanismus | Möglichkeitskultur |
Weltgemeinschaft | Interview: Michael Wolffsohn | Optimismus |
Europäische Geldpolitik | Selbstwirksamkeit | Perspektiven der Demokratie



Wissen im digitalen Doppelpack

Für ein ganzheitliches Bild von Wissenschaft

RHI-Kontexte
Der Forschung auf
den Grund gehen

Gastgeber:
Dr. Martin Lang



RHI-Podcasts
Die Menschen hinter
der Forschung
kennnenlernen

Gastgeberin:
Tina Maier-Schneider



Jeden Donnerstag neu – ab 18:00 Uhr auf dem RHI-YouTube-Kanal



Einblicke

»
**Wissenschaft ist unabhängig
 und ergebnisoffen. Sie liefert
 keine Lösungen auf Abruf.**
 «

Ukrainekrieg und Nahostkonflikt, Energieknappheit und Inflation, Klimawandel und Migration – wir befinden uns in einer »Multikrise« und suchen nach Halt und Orientierung. Welche Rolle kann die Wissenschaft bei der Bewältigung der aktuellen »Unsicherheitslage« spielen? Liefert sie die Erkenntnisse, die für das Entscheiden und Handeln in einer Demokratie notwendig sind? Kann sie ein Korrektiv der Politik sein – die Stimme der Vernunft in bewegten Zeiten?

Die hier versammelten Autorinnen und Autoren betonen, wie wichtig es ist, dass sich die Wissenschaft nicht von der Politik instrumentalisieren lässt: Sie arbeitet unabhängig und ergebnisoffen – und ist keine »Wissenswerkstatt«, die auf Abruf lebensdienliche Lösungen für gesellschaftliche Probleme produziert. Zu Recht eröffnet daher ein Plädoyer für die Freiheit der Wissenschaft unsere RHI-Impulse für das Jahr 2024. Denn nur ohne äußeren Zwang kann sich Kreativität entfalten.

Politische Entscheidungen werden häufig als »alternativlos« bezeichnet oder mit »Sachzwängen« begründet. Meiner Ansicht nach trägt diese Haltung auch zur Politikbeziehungsweise Politikerverdrossenheit bei: Wo es scheinbar nur noch vorgezeichnete Pfade statt Wahlfreiheit gibt, sinkt das Vertrauen in die demokratischen Prozesse.

Unsere Autoren zeigen auf, dass dieses Vertrauen zurückgewonnen werden kann. Dafür müssen sich die Menschen als selbstwirksam



erfahren, mitentscheiden und politisch etwas bewegen können. Gleichzeitig warnen sie aber vor ungebremseter Euphorie über den technischen Fortschritt. Sie fordern ethische Richtlinien für Künstliche Intelligenz sowie die Besinnung auf ein gemeinsames »Humanum« – auf das, was allen Menschen eigen ist und sie universal miteinander verbindet.

Die aktuellen Krisenherde zwingen die Politik zum Handeln. Doch welchem Kompass soll sie folgen? Die Wissenschaft gibt keinen eindeutigen Aufschluss über das »Wohin«; sie kann die notwendigen Veränderungen auch nicht selbst herbeiführen. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik – von uns allen –, ihre Anregungen, Hinweise, Fakten einzuordnen und zu bewerten. Um dies zu unterstützen, werfen wir am Roman Herzog Institut immer wieder Schlaglichter auf Entwicklungen, die uns alle angehen – gemäß unserem Leitbild »Gesellschaft denken«.

Professor Randolph Rodenstock
 Vorstandsvorsitzender
 Roman Herzog Institut e.V.



Die Freiheit der Wissenschaft

Wider ihre politische Instrumentalisierung, für Ergebnisoffenheit

Barbara Zehnpfennig

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig ist Politologin und Totalitarismusforscherin. Sie hatte bis 2022 die Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau inne.

Wissenschaft ist etwas genuin Menschliches. Offenbar kann der Mensch sich nicht damit zufriedengeben, nur das Nötigste zu erkunden, um seine Selbsterhaltung zu sichern. Er will mehr als das, er will die Welt, in der er sich findet, ergründen und verstehen. Natürlich verbindet er damit oft auch praktische Zwecke: Über die bloße Lebenserhaltung hinaus soll das Leben einfacher, komfortabler, angenehmer werden.

Doch die Wissenschaft beschränkt sich nicht darauf, sich um Lebensdienliches – oder was jeweils darunter verstanden wird – zu kümmern. Erkenntnissuche ist ihr genauso gut Selbstzweck. Zu verstehen, wie die Natur in sich zusammenhängt oder wie die Menschen sich und ihr Zusammenleben deuten und gestalten, ist ein Ziel in sich. Es ermöglicht dem Menschen, seine allein ihm verliehenen Anlagen zu entfalten und auf diese Weise seinen Ort in der Welt zu bestimmen.

Damit Wissenschaft gedeihen kann, bedarf sie aber der Freiheit. Der Geist muss frei schweifen dürfen, um jene Potenziale ausschöpfen zu können, die in ihm schlummern mögen. Forschung ist immer auch ein kreativer Prozess, und Kreativität entfaltet sich nicht unter Zwang oder Druck. Wohl aber bedarf die Wissenschaft zugleich einer unerbittlichen

Damit Wissenschaft gedeihen kann, bedarf sie der Freiheit.

Strenge, die jedoch allein vom Forscher selbst ausgehen muss: jene Selbstdisziplin, sich nur von den Imperativen der Erkenntnissuche leiten zu lassen und alle eigenen Voreingenommenheiten, Neigungen und Interessen hintanzustellen. Denn diese könnten das Ergebnis kontaminieren. Sie könnten den Weg beeinflussen, den der Forscher einschlägt, oder die Auswahl der Methoden einengen, derer er sich bedient.

Wenn man zu Beginn der Untersuchung bereits weiß, was am Ende herauskommen soll, forscht man nicht mehr frei. Sich in der Forschung von den Wendungen, die sie nimmt, überraschen zu lassen, ist nicht nur ein unverzichtbarer Antrieb, immer weiterzumachen. Es ist auch die Grundvoraussetzung dafür, sich wirklich der Sache zu nähern, weil sie sich oft ganz woanders befindet, als man anfangs vermutet hatte.

Deshalb sind alle Versuche, Wissenschaft für außerwissenschaftliche Zwecke einzuspannen, für die Wissenschaft tödlich. Wer die Wahrheit sucht, darf niemals glauben, sie bereits gefunden zu haben; das zerstört die Suche. Sie gefunden zu haben, unterstellt aber, wer Wissenschaft seinen Zielen gemäß ausrichten will. Das ist bei politischer Inanspruchnahme wissenschaftlicher Forschung ganz offensichtlich. In den beiden totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts, in Kommunismus und Nationalsozialismus, hatte die Wissenschaft der jeweiligen Ideologie zu dienen, zum Beispiel der Untermauerung des »wissenschaftlichen Sozialismus« oder der »Rassentheorie«. Doch nicht nur diese »Forschung« erwies sich als Irrweg. Vielmehr waren auch alle anderen wissenschaftlichen Bereiche, die sich irgendwie von der Ideologie ergreifen ließen, letztlich ohne Wert. Sie waren hinfällig, als die Ideologie fiel. Daran zeigte sich, dass sie nur von ihrer Gnade gelebt hatten und nicht aus eigener Kraft.

Gegenwärtig läuft die Wissenschaft wieder Gefahr, sich für politische Zwecke instrumentalisieren zu lassen. Ob es nun die »große Transformation« ist, die von politischer Seite ausgerufen wurde und die Gesellschaft zu neuem ökologischen Bewusstsein bringen soll, oder die Identitätspolitik, welche von intellektuellen Meinungsführern propagiert wird und bisher angeblich benachteiligten Gruppen das ihnen Zustehende zu verschaffen fordert – in beiden Fällen soll sich die Wissenschaft in den Dienst der »guten Sache« stellen und die genannten Ziele befördern.

Doch was ist wirklich gut? Das müsste Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und nicht die ungeprüfte Voraussetzung wissenschaftlichen Vorgehens sein. Hinzu kommt: Ist es Aufgabe der Wissenschaft, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen? Nein, das ist eine politische Aufgabe, und die Wissenschaft kann dafür höchstens das Material bereitstellen. Vielleicht zeigt ihre Forschung aber auch, dass die politischen Annahmen falsch sind. Zu solchen – wichtigen – Ergebnissen gelangt sie allerdings nicht, wenn ihr das Ziel vorgeschrieben wurde.



Die Wissenschaft läuft wieder Gefahr, sich für politische Zwecke instrumentalisieren zu lassen.

Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hoher Wert, der anderen Werten wie einem durchaus anfechtbaren Gerechtigkeits- oder Nachhaltigkeitsverständnis nicht geopfert werden darf. Wissenschaftliches Denken erzieht zur Sachlichkeit, zur Unvoreingenommenheit, zur Wahrnehmung des sachlich Gebotenen. Damit kann sie auch zum Korrektiv der Politik werden. Die umkehrte Einflussnahme aber schadet beiden.



Digitaler Humanismus

Warum wir ihn dringender benötigen denn je

**Julian Nida-Rümelin |
Nathalie Weidenfeld**

Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister a. D., ist Professor emeritus für Philosophie und politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrats.

Dr. Nathalie Weidenfeld ist Kulturwissenschaftlerin und Schriftstellerin von Sachbüchern und belletristischen Werken.

Alle paar Monate gibt es einen neuen Aufschrei. Erst, weil Künstliche Intelligenz (KI) so tun kann, als wäre sie ein Restaurantangestellter, der Reservierungen aufnehmen kann; dann, weil KI angeblich kreativ ist und Beethovens nie vollendete 10. Symphonie fertig schreibt; und jetzt, weil ein neues Textproduktionssystem namens ChatGPT in beeindruckender Weise Texte zusammenbauen kann.

Im Frühjahr 2023 schlugen Elon Musk und andere IT-Größen wie Apple-Mitgründer Steve Wozniak ein KI-Moratorium vor, während der »Futurist« Ray Kurzweil vorhersagt, dass in spätestens 20 Jahren Künstliche Intelligenzen den sagenumwitterten Sprung in die »Singulartät« schaffen werden (»singularity is nearer«) – will heißen, dass KI auf wundersame Weise zu beseelten Wesen mutieren werden, die sich mit Menschen auf das Innigste verbinden. Im Gegensatz zu Elon Musk ist er davon überzeugt, dass die neuen digitalen Technologien dem Menschen Unsterblichkeit und Unverwundbarkeit bescheren werden.

An dieser Stelle kreuzt sich Hyperrationalität mit Animismus – ein auf kindlichem Narzissmus beruhender Glaube an die Allmacht des eigenen Wunschdenkens, der sich auch in der Beseelung von Unbeseeltem äußern kann, wie es Sigmund Freud in »Totem und Tabu« beschreibt. Die Diskussion über KI scheint sich zunehmend auf die Frage zu fokussieren,

ob uns die KI erlösen oder vernichten wird, eine in den abrahamitischen Religionen tief verwurzelte Alternative.

Aus Sicht der IT-Firmen ist es zwar wünschenswert, dass die neuen Technologien faszinieren, aber weniger wünschenswert sind apokalyptische Ängste, die sich am Ende geschäftsschädigend auswirken könnten. Wie als Firma also umgehen mit dem berühmten »uncanny valley«, also der in der Psychologie bekannten Tatsache, dass ein allzu menschenähnliches KI-System bei Menschen eher Befremdung und Ablehnung auslöst? Vor allem wenn man weiß, dass positiv besetzte (Wunsch-)Träume inhärenter Teil jeder erfolgreichen Marketingkampagne sind. Die Lösung: Man oszilliert eben zwischen diesen beiden Polen: Ja, die neue KI-Technik wird und kann uns erlösen, weil sie uns menschenähnliche Partner an die Seite stellt, die uns nie enttäuschen werden. Außerdem: keine Sorge, KI ist kein Mensch.

Dieser paradoxe Diskurs wird durch die Kommunikationsstrategie von ChatGPT belegt. Einerseits lassen die Programmierer ChatGPT »sagen«, dass es nur ein Softwaresystem sei und kein Mensch. Andererseits »spricht« das System nicht nur von einem »Ich«, wenn es mit den Usern »kommuniziert«, sondern es »täuscht« den Usern auch Gefühle vor, etwa wenn ChatGPT »behauptet«, es »täte ihm leid«, wenn es keine Antwort produzieren kann. Doch es gibt dringlichere Fragen, denen wir uns stellen müssen, zum Beispiel:

- Wie können wir den Datenschutz besser organisieren, damit Datenopolenz zugunsten des Gemeinwohls, also der Verfügbarkeit umfangreicher Datenbestände für Forschung, Smart-City-Entwicklung und zivilgesellschaftliches Engagement, mit dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung kombiniert wird und diese nicht gegeneinander ausgespielt werden?
- Wie kann Europa der Monopolstellung der US-Firmen etwas entgegensetzen und zwi-

schen dem kommerzorientierten US-amerikanischen Weg der Digitalisierung und dem staatszentrierten Weg Chinas eine eigene europäische Strategie einer am Menschen orientierten KI-Entwicklung (»human-centered AI«) einschlagen?

- Wie kann sichergestellt werden, dass menschliche Ansprechpartner in der Kommunikation mit Behörden und Firmen verfügbar und digitale Texte und Stimmen von menschlichen unterscheidbar bleiben?

Der Digitale Humanismus kann als philosophische Grundlage bei der Klärung dieser Fragen helfen. Er macht klar, dass Softwaresysteme zwar rechnen, aber nicht denken können, dass sie weder zu Gefühlen noch zu moralischen Entscheidungen fähig sind und dass sie menschliche Kommunikation nicht ersetzen können. Der Mensch ist keine Maschine, auch keine algorithmisch organisierte digitale – und eine Maschine wird nicht zu einem Menschen, auch wenn sie menschliches Verhalten perfekt simuliert. Nichts liegt dem Digitalen Humanismus ferner, als den technologischen Fortschritt zu behindern. Im Gegenteil: Wenn Softwaresysteme als Akteure, und das heißt als

Der Digitale Humanismus gefährdet nicht den technologischen Fortschritt, sondern fordert ihn.

Personen, interpretiert werden, müsste in der Tat die weitere Entwicklung sofort gestoppt werden, schon um Menschenrechte nicht zu verletzen. Ein empathie- und vernunftfähiger Roboter, der für uns Entscheidungen trifft und Mitgefühl hat, dürfte nicht wie eine bloße Sache, ein technisches Hilfsmittel behandelt werden. Der technologische Fortschritt wird durch seine humanistische Rahmung nicht gefährdet, sondern gefordert.



Möglichkeitskultur

Ihr Niedergang und wie wir ihn aufhalten können

Andreas Urs Sommer

Lange Zeit lebten wir in einer Möglichkeitskultur – also in einer Kultur, in der immer mehr für immer mehr Menschen möglich wurde. Vor zwei, drei Jahrhunderten haben Menschen im westlichen Kulturkreis begonnen, sich als Wesen wahrzunehmen, denen eine Fülle von Möglichkeiten offenstehen. Über verschiedene Möglichkeiten zu verfügen, war nicht mehr länger das Vorrecht einer kleinen Oberschicht. Vielmehr sollte – zuerst als politische Forderung des Bürgertums, später als soziale Wirklichkeit – die Möglichkeit, möglichst viele Möglichkeiten zu haben, allen Menschen gegeben sein, schließlich auch unabhängig von Geschlecht und Herkunft.

Möglichkeiten zu haben, bedeutet dabei nicht nur, darüber zu bestimmen, auf welche Weise man sein Geld verdient – ob man wie der Vater Bauer oder doch lieber Bäcker oder Banker, ob man wie die Mutter Magd oder doch lieber Musikerin oder Mechatronikerin werden will. Möglichkeiten zu haben, bedeutet auch, darüber zu entscheiden, an was oder wen man sein Herz hängt. Möglichkeiten zu haben, bedeutet, das Gemeinwesen tatkräftig mitgestalten zu dürfen, in dem man lebt. Möglichkeiten zu haben, bedeutet schließlich und vor allem auch, denken und glauben zu können, was man will. Erst die Verflüchtigung der zwingenden Wirklichkeit Gottes seit der Aufklärung macht im Westen die Möglichkeitskultur möglich. Wer Möglichkeiten hat, kann Herr über das eigene Schicksal werden und braucht keine Götter mehr.

**Möglichkeiten zu haben,
bedeutet vor allem: Denken und
glauben können, was man will.**

Prof. Dr. Andreas Urs Sommer ist Professor für Philosophie mit Schwerpunkt Kulturphilosophie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Geschäftsführender Direktor des dortigen Nietzsche-Forschungszentrums.

Allerdings sind in jüngster Zeit das Vertrauen in die Macht der Möglichkeiten und die Gewissheit geschwunden, dass wir diese Möglichkeiten haben. Können wir denn wirklich noch

wählen, wie wir unser Geld verdienen, welcher Beschäftigung wir nachgehen wollen, wenn der ökonomische Druck so stark wird, dass wir schlechterdings jede Arbeit annehmen müssen, die sich uns bietet? Können wir denn wirklich noch entscheiden, an wen oder was wir unser Herz hängen, wenn doch eine allumfassende Konsum- und Werbeindustrie uns vorgibt, was und wen wir wertzuschätzen haben? Können wir denn wirklich bestimmen, wie unser Gemeinwesen gestaltet sein soll, wenn Experten und Berufspolitiker uns diktieren, was »alternativlos« der Fall zu sein hat? Und schließlich: Können wir denn wirklich noch denken und glauben, wonach uns der Sinn steht – oder verstellen doch neuartige Denkverbote und neuartige Glaubensgebote unsere geistigen und emotionalen Spielräume? Kurzum: Ist die Möglichkeitskultur festgefroren, in einem sich schließenden Eiskanal der Geschichte, ohne Aussicht, sich wieder freizustoßen?

Gegen die Möglichkeitskultur scheint auf der einen Seite die harte Wirklichkeit zu sprechen: Wer kann seine Zeit damit vertändeln, Möglichkeiten zu jonglieren – angesichts von so unabweisbaren, so zwingenden Wirklichkeiten wie dem Krieg und dem Klimawandel? Sind angesichts dessen nicht alle Möglichkeiten vernichtet?

Gegen die Möglichkeitskultur scheint auf der anderen Seite die schiere Fülle und Überfülle der Möglichkeiten zu sprechen: Haben wir nicht allen Grund, sie zu fürchten, weil wir ihnen nicht gewachsen sind – weil uns all das Mögliche lähmt und daran hindert, überhaupt etwas zu ergreifen und ein Mögliches ins Wirkliche zu überführen?

Ist die Möglichkeitskultur noch zu retten, oder sollen wir uns damit zufriedengeben, dass andere die Möglichkeiten für uns verwalten, sodass wir uns nur in die von anderen geschaffenen Wirklichkeiten einzufügen haben? Ist die Lähmung nicht sehr bequem, artet jede Wahl zwischen Möglichkeiten doch stets in Qual aus?

Nun, man könnte sich mit den bereits sichtbaren Möglichkeitseinschränkungen arrangieren und sich auf eine defensive Strategie verlegen. Dann würde man sich darum bemühen, dass der Möglichkeitsraum nicht noch weiter eingeschränkt wird. Doch wäre es nicht besser, eine offensive Strategie zu erproben – gemäß der von der Aufklärung diktierten Aufgabe, den Menschen immer stärker freizustellen und ihm damit neue Möglichkeitsräume zu erschließen?

Die Philosophie hat die Aufgabe, auf die Möglichkeiten hinter den Wirklichkeiten aufmerksam zu machen.

Der Philosophie fällt es dabei zu, überall und beharrlich auf die Alternativen zum Bestehenden, auf die Möglichkeiten hinter den Wirklichkeiten aufmerksam zu machen. Philosophie ist eine Horizontöffnungswissenschaft, die viele Fragen und kaum Antworten mit sich führt. Sie lockert feste Denk- und Fühlgewohnheiten. In ihrem Schlepptau hat sie Disziplinen wie die Ökonomie und die Politikwissenschaft. Sie sind Horizonterschließungswissenschaften. Gemeinsam haben sie, haben wir die Aufgabe, mehr zu machen aus dem, was man hat. Und aus dem, was man nicht hat.

»Ob Newsletter, Veranstaltungen oder Publikationen – gern kümmere ich mich um Ihre Anliegen.«

Brigitte Borrelli
Management-
Assistentin





Weltgemeinschaft

Ein gemeinsames Humanum für die Zukunft der Menschheit bilden

Manuela Pietraß

Prof. Dr. phil. habil. Manuela Pietraß ist
Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem
Schwerpunkt Medienbildung an der Universität
der Bundeswehr München.

Die Weltbevölkerung umfasst über acht Milliarden Menschen, 2036 sollen es neun Milliarden sein. Um gemeinsam überleben zu können, ist neben dem nationalen auch ein transnationales Selbstverständnis der Menschen wichtig:

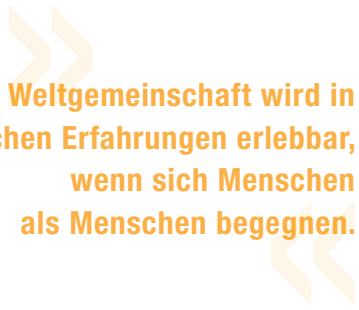
- Es liegt in ihrem Selbstverständnis als *einer* Menschheit.
- Es begründet sich in einem individuellen Verhältnis zur Menschheit, das emotional erlebt werden kann.
- Es besteht über alle Grenzen und Systeme hinweg als Basis einer Weltgemeinschaft.

Jeder Mensch bedarf des Schutzes vor Hitze und Kälte, des Wassers, der Nahrung, der Medizin; er bedarf der Bildung, der Arbeit und nicht zuletzt des Friedens. Die für die Bereitstellung der lebensnotwendigen Güter erforderlichen Ressourcen sind allerdings begrenzt, ebenso der (Über-)Lebensraum. Deswegen müssen die Folgen nationaler Handlungen in transnational übergreifende Zusammenhänge gestellt werden. Ganz besonders gilt dies für militärische Konflikte.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine vergießt das Blut des ukrainischen Volkes und zerstört ihre nationalen Güter. Doch auch unbeteiligte Dritte sind betroffen. Denn das Land gehört zu den weltweit zehn größten Produzenten von Getreide; die militärischen Handlungen dort haben negative Auswirkungen auf die globale Ernährung: Transport, Lagerung und Versorgung sind nicht mehr sicher und die Preise steigen stark. Verminung, Flucht und Landesverteidigung sowie die Überflutung beziehungsweise Verödung von 500.000 Hektar Land durch den Bruch des Kachowka-Staudamms bedrohen das Fortbestehen einer essenziellen landwirtschaftlichen Kultur in der Ukraine.

Das Überleben der Menschheit verlangt ihren Einklang mit der Natur. Es verlangt außerdem Technik als die »andere Natur« des Menschen. Um Technologien für ein Überleben in und mit

der Natur zu entwickeln, haben sich nationale Wissens- und Produktionscluster als effektiv erwiesen, wie die Chipproduktion in Taiwan. Indes werden so die Handelsbeziehungen global miteinander verwoben und die Menschen existenziell voneinander abhängig. Ein Krieg in Taiwan würde die IT-Nutzung weltweit betreffen. Decoupling zur wirtschaftlichen Entflechtung soll das damit gegebene sicherheitspolitische Risiko mindern. Doch Wissen und Produktion sind nicht einfach woanders neu aufbaubar, was für die Weltgemeinschaft ein existenzielles Risiko darstellen könnte.



Weltgemeinschaft wird in alltäglichen Erfahrungen erlebbar, wenn sich Menschen als Menschen begegnen.

Weltgemeinschaft bezieht sich in Abgrenzung zur systemisch konzipierten *Weltgesellschaft* auf das Gemeinsame aller Menschen. Dieses gemeinsame Humanum ist weder normativ noch kulturell begründet, sondern anthropologisch in der Wissenschaft vom Menschen. Erfahbar wird es, wenn sich Menschen als Menschen begegnen: in der Freude am Lachen eines Kindes, im Erkennen der körperlichen und seelischen Not des anderen, im Mitempfinden der alles verbindenden Liebe, in der Empathie für die Pein seelischen und körperlichen Schmerzes, im Wissen über die Geistigkeit des Menschen.

Ein jeder ist Teil der Weltgemeinschaft. Das alle verbindende Humanum wird als alltägliche Erfahrung zum Beispiel in der Popmusik erlebbar, die seit den 1970er Jahren bis heute vor einem Atomkrieg warnt. Auch die Rettung von zwölf Jungen aus einer durch plötzliche Regenfälle überfluteten Höhle in Thailand kann hier genannt werden: Das Unglück weckte 2018 international Hilfsbereitschaft und Mitgefühl.

Musik oder Hilfsbereitschaft schaffen in diesen Beispielen ein gemeinsames Empfinden. Die Voraussetzung dafür ist, dass es über staatliche Grenzen hinweg geteilt werden kann, was über die offen zugänglichen sozialen Plattformen der digitalen Medien möglich ist. So kann durch Kommunikation die Weltgemeinschaft *bottom-up*, also von unten nach oben, konstituiert und repräsentiert werden. Die Weltgemeinschaft besitzt keine institutionelle, dauerhafte Repräsentanz. Ihre Stimme kann und muss sie in jenen erheben, die sich auf die weltgemeinschaftlichen Belange berufen.

Um an den Anfang des Beitrags zurückzukehren: Militärische Konflikte ziehen aufgrund der existenziellen Abhängigkeit der Menschen voneinander negative Folgen nach sich, die über die nationale Betroffenheit hinausreichen. In ihnen erreicht ein militärischer Konflikt die tatsächliche Dimension der von ihm ausgehenden Zerstörung. Alle, denen es gelingt, dies aufzuzeigen, tragen zur Repräsentanz der Weltgemeinschaft bei. Konstituiert wird ihre Gemeinschaftlichkeit im Betroffensein als Mensch. Diese Einheit im konkreten Ereignis erlebbar und in ihrer weltübergreifenden Dimension machtvoll werden zu lassen, ist durch ein Bewusstsein für die Einheit in der Vielfalt der Menschen möglich.

Der Diskurs als Weltgemeinschaft muss von ihren Mitgliedern erlernt werden. Allen, die über das Wissen und Können verfügen, besonders Experten und Journalisten, kommt eine wesentliche Rolle zu. Das Werkzeug liefern die digitalen Medien. Ins Bewusstsein gebracht werden die grenzüberschreitenden Belange der Weltgemeinschaft, indem sie als solche kommuniziert werden.



»Sicherheitspolitisch kompetent sind wir alle nicht!«

Gute politische Führung wäre besonders in Krisenzeiten wichtig. Doch in der Praxis hapert es oft daran. Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander. Darüber sprachen RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang und der Historiker Prof. Dr. Michael Wolffsohn.

Herr Professor Wolffsohn, verantwortungsvolle Politik braucht langfristiges Denken und Handeln. Kann und darf man Deutschland »strategisches Versagen« in wichtigen politischen Fragen vorwerfen?

Was beispielsweise die Sicherheitspolitik betrifft, sind wir durch unser eigenes Verschulden in eine schwierige Situation geraten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich Deutschland in der komfortablen Lage eingerichtet, dass seine Sicherheit von den USA garantiert wird. Darüber haben wir unsere inneren und äußeren Sicherheitsorgane sträflich vernachlässigt – auch während der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Dabei wird die CDU ja traditionell eher als sicherheitspolitisch kompetent wahrgenommen. Doch heute müssen wir leider feststellen: Sicherheitspolitisch kompetent sind wir alle nicht!

»**Die intellektuelle Notbremse ziehen, sich an Fakten halten – das ermöglicht in Krisen einen nüchternen Blick auf die Realität.**«

Das, was man früher einmal als »Staatskunst« bezeichnet hat, ist in der gegenwärtigen Politik nicht zu erkennen. »Große« Staatsmänner und Staatsfrauen wie Konrad Adenauer, Ben Gurion oder Golda Meir scheinen zu fehlen.

Wie beurteilen Sie das?

Normalerweise sind mittelmäßige, »durchschnittliche« Politiker ein Indikator für politisch ruhige Zeiten. Heute stellen wir jedoch fest: Es mangelt bei uns an herausragenden politischen Persönlichkeiten, obwohl wir in unruhigen Zeiten leben.

... und anderswo?

Tragischerweise tut sich hier ein ethisches Dilemma auf: Zwar gibt es durchaus strategisch »begabte« Staatsführer wie Putin, Erdogan, Xi Jinping oder das iranische Mullah-Regime.

Und diese betreiben eine – in ihrem jeweils eigenen Sinne – höchst geschickte Politik. Doch aus normativ-ethischer Sicht sind ihre Ideologien und ihr politisches Handeln unterschieden zu verurteilen.

Die von Ihnen erwähnten Beispiele zeigen: Ideologie und Strategie gehen bisweilen eine unheilvolle Allianz ein. Woran lässt sich erkennen, dass politische Pläne, Argumente und Entscheidungen übermäßig ideologisch aufgeladen sind?

Es gibt hier kein Patentrezept – mit Ausnahme eines einzigen: Man muss sich dem allgemeinen Strom entziehen, zuerst immer auch »das Gegenteil« denken und dann nachdenken. Wohlgermerkt: *nachdenken*, nicht *nachschwätzen*. So kann man Emotionalität zurückdrängen und durch Rationalität – also durch Wissen – überwinden.

Emotionen sind allerdings häufig im Spiel – etwa wenn man die Kriegsschauplätze im Nahen Osten betrachtet. Wie kann ich als Außenstehender die Lage nüchtern und ausgewogen analysieren?

Die intellektuelle Notbremse ziehen! So viele Fakten zusammentragen wie möglich und sich daran orientieren. Schließlich, angelehnt an Kant, den Mut haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und sich nicht manipulieren lassen – auch nicht von vermeintlichen Autoritäten.

Dennoch gibt es – auch unter Expertinnen und Experten – immer wieder Irrtümer und Fehleinschätzungen. Was hat Sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten überrascht?

Als Geschichtswissenschaftler kam für mich die deutsche Wiedervereinigung überraschend, ebenso der damit verbundene Zusammenbruch des Kommunismus. Zuletzt hat mich die Explosion der Gewalt im Nahen Osten, wie wir sie derzeit erleben, überrascht und erschüttert.

Ganz allgemein überrascht mich hierzulande jedoch die fehlende Professionalität in vielen Bereichen. Solche Defizite sind beispielsweise evident in der sicherheitspolitischen Blauäugigkeit im Umgang mit der Zuwanderung von



Muslimen nach Deutschland. Gegen Zuwanderung ist an sich nichts einzuwenden, als alternde Gesellschaft brauchen wir sie dringend. Dabei wurde aber unterschätzt, welche außen- und innenpolitische Sprengkraft damit verbunden ist.

Von dem Theologen Dietrich Bonhoeffer stammt der Satz: »Dummheit ist ein gefährlicherer Feind des Guten als Bosheit.« Ist da etwas Wahres dran?

Bezogen auf die deutsche Politik würde ich es anders formulieren: oft gut gemeint, aber öfter schlecht gemacht. Das gilt besonders für die Bereiche Energie-, Migrations-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Guter Wille allein reicht nicht aus! Beim politischen Handeln kommt es ebenso auf Wissen an wie auf die Notwendigkeit, strategisch zu denken.

Beim politischen Handeln kommt es ebenso auf Wissen an wie auf die Notwendigkeit, strategisch zu denken.



Optimismus

Vertrauen stärkt die Resilienz der Ordnung

Markus K. Brunnermeier | Stefan Kolev

Prof. Markus K. Brunnermeier, PhD ist der **Edward S. Sanford Professor für Volkswirtschaftslehre** an der **Princeton University, USA**, und **Direktor des dortigen Bendheim Center for Finance**.

Prof. Dr. Stefan Kolev ist der **wissenschaftliche Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft** in Berlin und **Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Westsächsischen Hochschule Zwickau**.

Wir leben in der besten aller historisch gewesenen Welten. Jedenfalls wenn man mit der Brille der liberalen Politischen Ökonomie darauf schaut. Freiheit und Wohlstand waren noch nie für so viele Menschen zugänglich – weltweit, in Europa und in Deutschland. Und doch ergehen sich die Schlagzeilen hierzulande gern in Untergangsprophetien. Pessimismus über die deutsche Wirtschaft und die Demokratie beherrscht die Stimmung. Ja, die Lage ist ernst. Ob Deindustrialisierung oder Stimmungshoch für den rechten Rand: Es gibt besorgniserregende Trends. Aber zwingen diese zu Pessimismus?

Die Antwort auf diese Frage hängt unseres Erachtens ganz wesentlich von einem aktuell sehr knappen Gut ab: Vertrauen. Vertrauen kann Menschen in der Demokratie verbinden, die Vernetzung der Akteure in der Wirtschaft erleichtern und alle, die in einer gesellschaftlichen Ordnung verschiedenste Funktionen ausüben, an diese binden. In diesem letzteren Sinne lebt die Legitimität einer Ordnung davon, dass genügend Bürger darauf vertrauen, dass sie die beim ständigen Wandel entstehenden Probleme zuverlässig lösen kann – sei es in der Wirtschaftsordnung die ausreichende Versorgung mit Gütern, in der Rechtsordnung das Auffinden geeigneter Regeln des Zusammenlebens oder in der Demokratie die erfolgreiche Entscheidungsfindung bei unterschiedlichen Wertvorstellungen, auch und gerade bei zunehmender Polarisierung.

In Zeiten wie unserer, in der Schocks negative Trends auslösen und verstärken können, ist ein Aspekt von Vertrauen möglicherweise entscheidend: jener in die Anpassungsfähigkeit der Ordnung, in ihre Resilienz. Ist eine Ordnung resilient, dann schafft sie es, Schocks zu verarbeiten, das heißt, sich an krisenhafte Umstände so anzupassen, dass die Arbeits- und Wissensteilung nicht zusammenbricht, die den Kern der Gesellschaft in der Moderne ausmacht.

Pessimismus aber fußt auf der Annahme, dass bestehende negative Trends einfach fortgeschrieben werden dürfen, sich also fortsetzen oder sogar verstärken müssen. Mit anderen Worten: Was sich verschlechtert hat, wird sich noch weiter verschlechtern. Eine Ordnung, die Pessimismus rechtfertigt, passt sich nicht an Schocks an, sie ist also nicht resilient.

Die prominenteste nicht resiliente Ordnung war der große Konkurrent der freiheitlichen Ordnungen im 20. Jahrhundert, das kommunistische System der Sowjetunion. Dessen Krise, die spätestens mit dem Stillstand der Breschnew-Jahre Ende der 1970er Jahre begann, erschöpfte schubweise das Vertrauen der Bevölkerung. Der Rückgang der Ölpreise in den frühen 1980er Jahren verschlechterte die Versorgung, der Krieg in Afghanistan begrub den Mythos der Unbesiegbarkeit der Roten Armee, der Atom-Unfall in Tschernobyl wiederum die Legende von der Überlegenheit der sowjetischen Technologie. Schließlich offenbarten Michail Gorbatschows Glasnost und Perestroika die sowjetische Ordnung endgültig als reform- und anpassungsunfähig.

Die Geschichte der freiheitlichen Ordnungen – also von Marktwirtschaft und Demokratie – hat ein ganz anderes Narrativ. In der Moderne konnte die Marktwirtschaft auch mit den größten Erschütterungen und Umwälzungen umgehen. Der Historiker Harold James hat in seinem Buch »Schockmomente« sieben große Wirtschaftskrisen seit 1840 nachgezeichnet und damit um Optimismus und Vertrauen in die erstaunliche Resilienz der Marktwirtschaft

geworben. Die große Ölkrise der 1970er etwa zog eine umso dynamischere Globalisierung nach sich, weil die höheren Energiekosten Anpassungen auslösten – zum Beispiel Innovationen in der Containerschifffahrt oder die Automatisierung von Produktionsprozessen.

In den Nachkriegsjahrzehnten mit ihren wirtschaftlichen und politischen Krisen zeigten sich die Demokratien erstaunlich lernfähig: An entscheidenden Gabelungen zogen die Menschen die richtigen Lehren aus der Fragilität der europäischen Demokratien während der Zwischenkriegszeit. So signalisierte nach dem Zweiten Weltkrieg die Soziale Marktwirtschaft der Bevölkerung in der Bundesrepublik immer wieder, dass auf die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Verlass ist – anders als es in der Weimarer Republik zunehmend viele Bürger empfunden hatten.

Die Geschichte der liberalen Politischen Ökonomie zeichnet im Werk vieler Denker nach, wie Menschen gemeinsam ihre Probleme selbst lösen können und ständig Neues ausprobieren, um es noch besser zu machen – manchmal aus eigener Motivation, manchmal gedrängt von krisenhaften Umständen. Dabei entsteht Wohlstand, welcher in Krisenzeiten zur Abfederung der Schocks verwendet werden kann, sodass niemand aus der Arbeits- und Wissensteilung herausfallen muss.

Vertrauen haben heißt nicht, naiv zu sein. Vertrauen bewahrt vielmehr davor, fatalistisch zu sein und deshalb krisenhafte Trends für unabweidbar zu halten. Ob Optimismus Pflicht ist, wie es Karl Popper für die Liberalen festhielt, muss jeder für sich entscheiden. Geschichte, Theorie und aktuelle Empirie zeigen jedenfalls eindeutig: In freiheitlichen Ordnungen gibt es keine Pflicht zum Pessimismus, der die Resilienz des Einzelnen und die Anpassungsfähigkeit der Ordnung blockiert.



Europäische Geldpolitik

Hohe Inflation und Vermögensungleichheit erfordern einen Kurswechsel

Karl-Friedrich Israel

Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel ist Assistenzprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Université Catholique de l'Ouest in Angers, Frankreich, und Lehrstuhlvertreter für Nationalökonomie, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

Das vorrangige Ziel der Geldpolitik im Euroraum ist eine durchschnittliche Preisinflationsrate von 2 Prozent pro Jahr. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Gesamtmenge an Bargeld und Sichteinlagen im Euroraum seit 1999 mehr als sechsfacht. Effektiv liegt die offizielle Preisinflationsrate seither für den gesamten Euroraum bei 2,1 Prozent pro Jahr. Man könnte daher argumentieren, dass trotz der hohen Preisinflation der Jahre 2022 und 2023 das geldpolitische Ziel im Großen und Ganzen erreicht worden ist. Es gibt dennoch gute Gründe, den über lange Phasen sehr expansiven geldpolitischen Kurs der Europäischen Zentralbank zu kritisieren.

» Der harmonisierte Verbraucherpreisindex spiegelt nicht die allgemeine Preisinflation wider. «

Der für die Geldpolitik relevante Index ist der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI). Er berücksichtigt die Preise von Gütern und Dienstleistungen des privaten Konsums, nicht jedoch von Anlagegütern, die dem Vermögensaufbau dienen. Gerade in diesem Bereich sehen wir aber überdurchschnittliche Preisinflationsraten.

In Deutschland sind zum Beispiel die Preise für Wohnimmobilien zwischen 2010 und 2019 pro Jahr um 4,2 Prozent gestiegen und die Aktienpreise gemessen am DAX um jährlich 8,3 Prozent. Das entspricht jährlichen Wachstumsraten, die 2,8 und 6,9 Prozentpunkte über der HVPI-Inflation für diesen Zeitraum liegen. Wir haben es also schon seit einigen Jahren mit einer überproportionalen Vermögenspreis-inflation zu tun, die sich aus einem veränderten Sparverhalten erklären lässt. Selbst bei einer moderaten Konsumentenpreis-inflation von 2 Prozent gibt es starke Anreize, Ersparnisse in Anlagegüter wie Aktien und Immobilien umzuschichten, die vor Inflation schützen.

Vor der Finanzkrise 2008 stagnierten die Immobilienpreise in Deutschland, doch in vielen südeuropäischen Ländern kam es bereits zu massiven Anstiegen. In Frankreich haben sich die Immobilienpreise nach Einführung des Euros in nur acht Jahren mehr als verdoppelt. Danach stagnierten sie, steigen aber seit einigen Jahren wieder überproportional.

Die überproportionale Vermögenspreis-inflation bleibt in der Geldpolitik unberücksichtigt. Dabei hat sie weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft: Vermögende Schichten profitieren von überproportionaler Vermögenspreis-inflation, da sich der Geldwert der bestehenden Vermögen erhöht. Unvermögende Schichten werden weiter abgehängt. Es wird für sie zunehmend schwerer, innerhalb der gesellschaftlichen Vermögenshierarchie aufzusteigen. Der soziale Aufstieg erfordert von ihnen größere Opfer in Form von mehr Arbeit oder größerem Konsumverzicht in der Gegenwart.

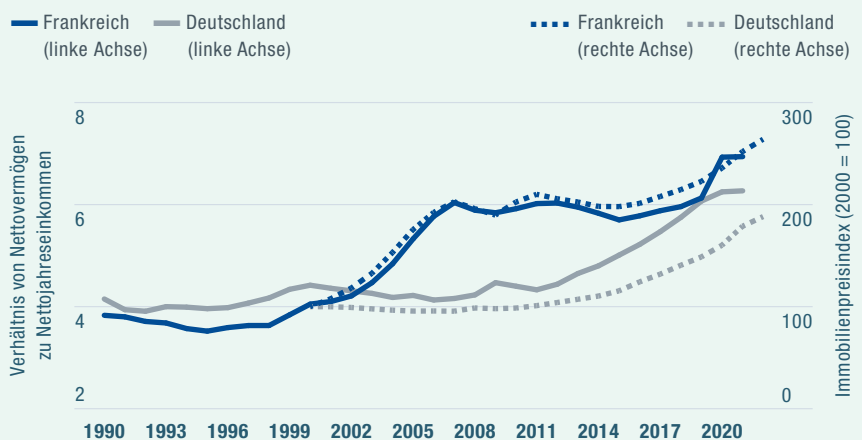
In Frankreich lag das Verhältnis der Nettovermögen zu den Nettojahreseinkommen Mitte der 1990er Jahre noch bei etwa 3,5. Das bedeutet, dass die Gesamtvermögen 3,5-mal so groß waren wie die Gesamtjahreseinkommen der französischen Bevölkerung. Ein Mensch mit durchschnittlichem Einkommen und einer Sparquote von 10 Prozent würde unter diesen Umständen 35 Jahre brauchen, um sich ein durchschnittliches Vermögen aufzubauen. Im Zuge der überproportionalen Vermögenspreis-inflation und insbesondere der Immobilienpreis-inflation ist das Verhältnis der Vermögen zu den Einkommen auf inzwischen fast 7 gestiegen. Unter den

Die überproportionale Inflation der Vermögenspreise weitet die Kluft zwischen Arm und Reich.

gleichen Annahmen bräuchte man jetzt also bis zu 70 Jahre, um sich ein durchschnittliches Vermögen aufzubauen – was innerhalb eines Arbeitslebens kaum zu schaffen ist. Auch in Deutschland sehen wir über die letzten Jahre ein deutliches Ansteigen im Verhältnis der Vermögen zu den Einkommen – und zwar von 4,2 auf 6,3. Unter dieser Entwicklung leiden insbesondere Haushalte in den unteren Einkommensschichten. Die steigende Ungleichheit und der erschwerte soziale Aufstieg fördern Verdruss gegenüber öffentlichen Institutionen, der Politik und dem Wirtschaftssystem. Sie sind allerdings nicht Auswuchs einer entfesselten Marktwirtschaft, wie oftmals angenommen wird, sondern sie entspringen der interventionistischen Geldpolitik. Dieser sollte nicht nur aufgrund der zuletzt hohen Konsumentenpreis-inflation ein Ende gesetzt werden.

Nettovermögen, Nettoeinkommen und Immobilienpreise

Entwicklung in Frankreich und Deutschland von 1990 bis 2022



Quellen: World Inequality Database; INSEE; Deutsche Bundesbank



Selbstwirksamkeit

Resignierte zurückgewinnen – eine Aufgabe für die Demokratie

Clemens Albrecht

Prof. Dr. Clemens Albrecht ist Inhaber des
Lehrstuhls für Kultursoziologie an der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Wir Menschen sind handelnde Wesen. Wir wollen die Welt verändern, damit wir unsere Ziele verwirklichen können. Ein Ziel kann sein, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, mehr Gerechtigkeit zu erreichen oder eine natürliche Ordnung zu erhalten.

Handeln ist an die Erfahrung gekoppelt, etwas damit zu bewirken. Ohne Erfolg richten wir das Handeln beim nächsten Versuch anders aus. Dies gilt für den Alltag wie für die Politik: Wenn wir uns etwas zu essen machen, von A nach B reisen, im Beruf an einem Projekt arbeiten oder uns für strengere Umweltstandards einsetzen und dies gelingt, fühlen wir uns bestätigt. Die Erfahrung der sogenannten »Selbstwirksamkeit« verbindet uns mit der Welt; sie zeigt uns, dass es einen Sinn hat, wenn wir uns tätig einbringen.

**Selbstwirksamkeit verbindet
den Menschen mit der Welt.**

Selbstwirksamkeit lässt sich auch delegieren. Andere handeln mit uns und für uns. Je komplexer im sozialen Beziehungsnetz durch Arbeitsteilung alle mit allen verbunden sind, umso stärker wird das stellvertretende Handeln. Die moderne Demokratie organisiert stellvertretendes Handeln durch ihr Repräsentationssystem. Ich muss nicht überall eingreifen. Denn andere, die meine Ziele teilen, tun dies für mich – Parlamentsabgeordnete, Mitglieder der Regierung, Repräsentanten von Parteien oder politische Bewegungen. Wenn sie etwas erreichen, stellt sich die Erfahrung der Selbstwirksamkeit auch bei ihren Wählern oder Unterstützern ein.

Gegenwärtig erleben wir eine Krise der Selbstwirksamkeit. Die Probleme, mit denen wir konfrontiert werden, sind komplex, global und miteinander verschränkt. So erscheint es schon nahezu utopisch, das politische Handeln aller Staaten der Welt derart zu koordinieren, dass die Klimaziele erreicht werden können.

Eine konsequent nachhaltige Lebensweise kann zudem bedeuten, dass individuelle Mobilität eingeschränkt wird und politische Einheiten ihre Autonomie verlieren. Klimaschutz kann auch zu neuer sozialer Ungleichheit führen, etwa wenn Mieter über den Strompreis die Solardividende von Immobilienbesitzern finanzieren.

Wo die Gegensätzlichkeit von Zielen nicht in den politischen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates repräsentiert ist, verliert sich auch die Selbstwirksamkeitserfahrung von Teilen der Bevölkerung. Eine Politik der Alternativlosigkeit ist keine Politik. Wo das Handeln aber vor der Komplexität der Probleme zurückschreckt oder der Einsatz in keinem Verhältnis mehr zur erwartbaren Wirkung steht, machen sich Ohnmachtsgefühle breit. Reines Gesinnungshandeln wie »Klimaleben« ist nur Virtuosen der Vereinfachung möglich, die alle verschränkten und widersprüchlichen Ziele des menschlichen Handelns dem einen unterordnen.

»
**Reines Gesinnungshandeln
 ist nur den Virtuosen der
 Vereinfachung möglich,
 die alles Handeln ihrem einen
 Ziel unterordnen.**
 «

Mit Krisen, unbeherrschbaren Katastrophen oder Machtlosigkeit umzugehen, war schon immer eine Herausforderung für die Menschen. Ihr Handeln stabilisiert sich im Rückgriff auf das Alltagsleben, in den kleinen, überschaubaren Zusammenhängen, in denen etwas gelingen kann. So können wir in der Gegenwart vielfach den Rückzug ins Private beobachten: Corona, Klimakatastrophe, neue Kriege in Europa – doch die Baumärkte boomen, das eigene Umfeld wird praktisch eingerichtet und schön gemacht!

Zugleich ist für den modernen Menschen ein anderer Weg der Stabilisierung schwieriger geworden: die Überantwortung unlösbarer Probleme an metaphysische Mächte, die Religion, das Schicksalsdenken. Wir fühlen uns für alles verantwortlich. Der Klimawandel ist menschengemacht, die Ungerechtigkeiten der sozialen Verhältnisse bis zur Geschlechtszuordnung ebenfalls. Aus Public Health wird Global Health. Die Ansprüche an unser Handeln wachsen ins Kosmologische.

In einer solchen Lage haben Wissenschaft und Politik eine besondere Verantwortung. Wissenschaft baut Komplexität auf; alles hängt mit allem zusammen, jede gelöste Frage zieht neue Fragen nach sich. Politik muss Komplexität abbauen, also Zusammenhänge vereinfachen. Nur so kann sie uns vor Handlungsalternativen stellen, über die wir dann entscheiden können. Politische Entscheidungen lassen sich weder allein aus wissenschaftlichen Erkenntnissen noch aus Werten, Zwecken oder Situationen ableiten. Aber alle diese Ebenen spielen eine Rolle, sie müssen klug abgewogen werden.

Sozioprudenz bezeichnet die Kompetenz, kluge Entscheidungen für Alltagsprobleme zu treffen. Sie erzeugt mikropolitisch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Diesen Zusammenhang auf die Ebene des politischen Systems zu übertragen, könnte Demokratien in Zeiten der neuen Unübersichtlichkeit wesentlich stabilisieren.

»Das RHI ist auch auf Insta präsent. Folgen Sie uns und erfahren Sie dort mehr von unserer Arbeit.«

Lea Meridies
 Studentische
 Mitarbeiterin





Perspektiven der Demokratie

Wissenschaftliches Symposium 2023

Das Symposium des Roman Herzog Instituts stand am 15. November 2023 ganz im Zeichen der Demokratie sowie ihres Schutzes vor Bedrohungen von innen und außen. Neun Wissenschaftlerinnen und Experten beleuchteten den aktuellen Zustand der westlichen Demokratien.



Das Symposium 2023
auf dem RHI-YouTube-Kanal

»Die Demokratie wird – auch hierzulande – immer mehr infrage gestellt. Weltweit gewinnen autoritäre Regime an Einfluss«, erklärte RHI-Vorstandsvorsitzender Randolph Rodenstock. »Deshalb ist es wichtiger denn je, sich mit den Grundlagen unserer demokratischen Ordnung auf wissenschaftlicher Basis zu befassen.« Einen weiteren thematischen Schwerpunkt auf dem Symposium bildeten die antidemokratischen Gefährdungen: Warum werden Politiker im Internet beschimpft und bedroht? Wie kann man Nichtwähler für die Demokratie zurückgewinnen? Wer sind die Feinde von Demokratie und Freiheit?

Dem Soziologen Clemens Albrecht zufolge sind viele Menschen hierzulande mit der Demokratie unzufrieden, weil ihnen eine Fülle von Regulierungen die Erfahrung individueller Handlungsfreiheit und Selbstwirksamkeit nimmt. Andere fühlen sich laut Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann von der offenen und pluralistischen Gesellschaft überfordert und wenden sich identitären Bewegungen am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums zu. Mit ihren »einfachen« Antworten sind sie zum Sammelbecken für Resignierte geworden und haben das demokratische System zu ihrem gemeinsamen Feindbild erkoren. Die Politikwissenschaftlerin Karin Schnebel wies auf einen weiteren Topos hin, der den Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht – den Antisemitismus, der vor dem Hintergrund des Krieges im Nahen Osten bei uns derzeit dramatisch zunimmt.

Wieso die Unzufriedenheit mit der Demokratie in den sozialen Medien oft in grobe Beschimpfungen gegen ihre Repräsentanten ausartet, erläuterte die Soziologin Barbara Kuchler. Ihr zufolge werden Politikerinnen und Politiker sowie ihr Handeln oft an moralisch überhöhten und völlig unrealistischen Maßstäben gemessen. Vor idealisierten Vorstellungen über die Demokratie warnte auch der Politikwissenschaftler Martin Beckstein. In vielen Bereichen werde vom Bürger zu viel Beteiligung gefordert, was zwangsläufig zu enttäuschten Erwartungen führe.



Die Krise der Demokratie ist aber nicht nur hausgemacht. Auch Kräfte von außen attackieren unsere Gesellschaftsordnung. Denn ein strategisches Ziel autokratischer Regime besteht nach Ansicht von sicherheitspolitischen Experten darin, die westlichen Demokratien zu destabilisieren. Laut Politikwissenschaftler Nico Lange ist der Krieg Putins gegen die Ukraine vor allem eine Kampferklärung an die liberalen Gesellschaften. Dazu kommt, so Asienkenner Manuel Vermeer, dass unser Demokratieverständnis von vielen Ländern wie etwa Indien und China, in denen die Hälfte der Menschheit lebt, nicht geteilt wird. Neben der politischen Kultur und den Traditionen eines Landes können auch religiöse Wertvorstellungen mit freiheitlichen Normen kollidieren, führte der Theologe Markus Vogt aus.

Das Symposium, das sich als »RHI-Talk« erstmals in interaktiver Form präsentierte, wartete zum Ende mit einem weiteren Höhepunkt auf: Geehrt wurde Thomas Willems als Gewinner des diesjährigen RHI-Essaywettbewerbs zu der Frage: »Wie sollen liberale Demokratien autokratischen Herausforderungen begegnen?«

Gastgeber Rodenstock zeigte sich mit den Ergebnissen und Eindrücken der Veranstaltung zufrieden: »Wie in einem Kaleidoskop sind heute ganz neue Bilder zum Thema Demokratie entstanden«, resümierte er. »Als Thinktank ist es unsere Aufgabe, unser Wissen über die Demokratie immer wieder um neue Perspektiven zu erweitern.«

Ausblicke

Martin Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut



Ein Blick auf die weltpolitische Lage macht klar: Politische Führung ist gefragt.

Funktionierende Gemeinwesen brauchen den strategischen Weitblick. Doch angesichts der Vielzahl komplexer Probleme, die häufig unter Zeitdruck und bei knappen Kassen gelöst werden müssen, kommen strategisch weitblickende Entscheidungen der Quadratur des Kreises gleich. Der politische Alltag sieht meist so aus, dass sich die unterschiedlichen Akteure mühsam auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Gute politische Führung scheint oft rar.

Wie Führung im Bereich von Unternehmen gelingen kann, ist reichlich erforscht. In jeder Buchhandlung gibt es entsprechende Ratgeber und auch das Roman Herzog Institut hat dazu Arbeiten vorgelegt. Jede*r von uns weiß fast instinktiv, was einen »guten« von einem »schlechten« Chef unterscheidet.

Doch was macht gutes Führen und eine gute Führungskraft auf politisch-strategischer Ebene aus? Mit diesen Fragen möchten wir uns am RHI noch intensiver befassen – in mehreren Publikationen und auf unserem wissenschaftlichen Symposium im November 2024. Im Zentrum stehen langfristig orientierte Entscheidungen, die gesellschaftliche, sicherheitspolitische oder gesamtwirtschaftliche Tragweite haben.

Themen, die uns alle angehen, beleuchten wir am RHI gern grundlegend und aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven. In unserer YouTube-Reihe »RHI-Kontexte« steigen wir mit renommierten Forscherinnen und Forschern in die Tiefe ihrer Erkenntnissuche ein.

Neben den sichtbaren Ergebnissen interessiert uns besonders, was ihr Denken ausmacht. Das können wissenschaftliche Theorien, Denkschulen oder Methoden sein, aber auch Werte und normative Überzeugungen. Im »RHI-Podcast« spricht meine Kollegin Tina Maier-Schneider mit den Expertinnen und Experten über deren persönlichen und beruflichen Werdegang. Beide Formate unseres digitalen Doppelpacks, das Fachliche und das Persönliche, ergänzen sich und bilden eine Einheit.

In der Gesamtschau ergibt sich so oft ein neuer und überraschender Blick auf vermeintlich gesicherte Erkenntnisse. Denn auch das lehrt uns die Beschäftigung mit Wissenschaft: Es gibt immer mehr als nur die *eine* Wahrheit – und stets mehr Fragen als Antworten.


Indem wir uns aus verschiedenen Perspektiven mit wichtigen Themen auseinandersetzen, uns ernsthaft mit Geschichte, Strategien, Weltanschauungen beschäftigen, können wir mehr über uns selbst und die Gesellschaft lernen und damit Zukunft gestalten.



Mehr beim RHI
zum Thema »Führung«

RHI-Publikationen

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft



DIE AUTOKRATISCHE HERAUSFORDERUNG

Wie sich liberale Demokratien dagegen behaupten können

Gesellschaft denken

Thomas Willems

Position **18**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft



LEBENSARBEITSZEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die Bedeutung der Silver Worker für die Fachkräftesicherung

Gesellschaft denken

Dominik H. Enste
Martin Werding
Julia Hensen

Studie **38**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft

IMPULSE SPEZIAL

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ordnoliberalismus | Soziales Vertragsrecht | Wirtschaftsordnung | Roman Herzog Forschungspreis 2023 | Interview: Martin Werding | Mitarbeiterbindung | Arbeitsmarkt | Diskriminierung | Resilienz




ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft



DEMOKRATIE UND AUTOKRATIE

Die Idee freiheitlicher Selbstherrschaft und ihre Bedrohung

Gesellschaft denken

Günter Fröhlich

Position **17**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft

Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich?

Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation

Gesellschaft denken

Michael Hüther
Dominik H. Enste
Jennifer Pothhoff

Studie **37**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte | Führung | Zukunft

IMPULSE 2023

Künstliche Intelligenz | Energieversorgung | Klimaschutz | Sicherheitspolitik | Interview: Clemens Fuest | Ökonomie der Versöhnung | Zusammenhalt in der Krise | Infektionskrankheiten | Roman Herzog Forschungspreis




Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Impressum

Roman Herzog Institut e. V.
(Herausgeber)
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

V. i. S. d. P.: Dr. Martin Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e. V.
Registernummer VR 18988,
Vereinsregister München,
Amtsgericht München

Redaktion:
Dr. Benjamin Scharnagel,
Martina Martschin, Dr. Martin Lang

Fotos: U1 – Nida-Rümelin: Diane von Schoen; Brunnermeier, Kolev: lizenzfrei/Autor; U2 – Henke: privat; Vermeer: PFH 2023; Innenteil – Nida-Rümelin (4), Weidenfeld (4): Diane von Schoen; Sommer (6): Christian Flierl; Icon (7): Muhammad/stock.adobe.com; Brunnermeier (12), Kolev (12), Israel (14): lizenzfrei/Autor. Alle anderen: RHI

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

© RHI 12/2023



Folgen Sie uns auf ...



Ausschreibung

Preisträger*innen gesucht!

Strukturbrüche, Klimawandel, Digitalisierung – diese Megatrends stellen derzeit Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich seit Jahrzehnten als erfolgreiche Wirtschaftsordnung in Deutschland bewährt. Sie trägt dazu bei, dass die Menschen hierzulande mit großer Zufriedenheit in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

Doch ist die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig? Was muss getan werden, damit sie im Wettbewerb der Systeme in Europa und global bestehen kann? Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen lassen sich evidenzbasiert begründen, welche Hindernisse bei der Umsetzung sind zu überwinden? Und was sind überhaupt die institutionellen Voraussetzungen dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft funktioniert?

Sie haben sich in Ihrer Doktorarbeit oder Ihrer Habilitation mit solchen Fragen zum besseren Verständnis unserer Wirtschaftsordnung beschäftigt und Ihre Forschungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen? Dann bewerben Sie sich für den Roman Herzog Forschungspreis 2025!

Das Roman Herzog Institut zeichnet Nachwuchswissenschaftler*innen aus, die in ihren Dissertationen oder Habilitationen zentrale ordnungspolitische Fragestellungen des 21. Jahrhunderts behandeln. Jährlich werden bis zu drei Preise in Höhe von 20.000, 10.000 und 5.000 Euro vergeben. Möglich sind sowohl Selbstbewerbungen als auch Vorschläge von Professor*innen, Fakultäten und Instituten.

Ideen entwickeln –
Initiative ergreifen –
Zukunft gestalten

